



Warnblinker an und „nur mal schnell“ in die Bank oder zum Bäcker. Auch „nur mal schnell“ ist das Halten und Parken im absoluten Halteverbot und auf Radwegen verboten. Das soll zukünftig noch intensiver geahndet werden, kündigt Verkehrsdezernent Andreas Kowol an.

„Rücksichtslos auf Radwegen und im Halteverbot abgestellte Fahrzeuge sind nicht nur ein großes Ärgernis, sondern stellen häufig eine Gefahr für den restlichen Verkehrs dar.

Meist trifft es dabei Radfahrer und Fußgänger, häufig genug ist aber selbst der Kfz-Verkehr betroffen. Ich habe das Straßenverkehrsamt daher angewiesen, die Überwachung deutlich zu intensivieren“, kündigt Kowol an.

Im Rahmen einer mobilen Streife der Kommunalen Verkehrspolizei machte Kowol sich selbst neuerlich ein Bild von der Situation im Stadtgebiet. In fast allen Bereichen mußten die Ordnungspolizeibeamte tätig werden.

„Davon zu sprechen, daß die Streife damit „erfolgreich“ war, trifft den Kern der Sache nicht. Nicht die Ahndung von Verkehrsverstößen ist der Erfolg, sondern eine bessere Akzeptanz und Einhaltung der geltenden Regeln des Straßenverkehrs“, erklärt Kowol.

Obwohl wir die Kontrollintensität in diesem Jahr schon drastisch gesteigert haben, ist ein erzieherischer Effekt bisher nur sehr eingeschränkt zu beobachten“, zieht Kowol Bilanz.

Anm.d.Red.: Es geht nicht um Akzeptanz, sondern um Unmögliches. Wir selbst befinden uns täglich vor der Frage: Auf die Brötchen zum Frühstück verzichten oder für 2 Min. (ohne Behinderung) schnell mal anhalten... (Raten Sie mal was wir machen...)

Daher setzt der Verkehrsdezernent auch auf **verstärktes Abschleppen**. „Die Mitarbeiter der Kommunalen Verkehrspolizei haben meine vollste Rückendeckung, verkehrsgefährdend geparkte Fahrzeuge viel stärker als bisher unverzüglich zu entfernen. Denn leider ist festzustellen, daß selbst Knöllchen im Akkord viele Verkehrsteilnehmer offensichtlich nicht zum Umdenken bewegt“, so Kowol.

Vom Bund fordert Kowol daher ein klares Signal an die Verkehrsteilnehmer und mehr Rückendeckung für die Arbeit der kommunalen Verkehrspolizei. „Solange Regelverstöße im Verkehr vom Bund offenkundig als Kavaliersdelikte betrachtet werden, sind unsere Möglichkeiten auf kommunaler Ebene stark beschränkt.

„Ich ziehe den Hut vor der Arbeit unserer Mitarbeiter in der Kommunalen Verkehrspolizei. Geltendes Recht mit Wattebäuschchen durchsetzen zu müßen, ist kein Vergnügen.

Die Ignoranz und die Unverschämtheiten die ihnen dafür entgegenschlagen sind teilweise kaum zu ertragen. Erzieherisch wirksame Bußgelder für Verkehrsverstöße würden den Kollegen endlich ein Mittel an die Hand geben, um geltendes Recht auch im Alltag auf breiter Linie und **mit breiter Brust** durchzusetzen.“ so Kowol abschließend.

Wir meinen: Das ist absolut gut, richtig und in Ordnung, nur, wenn auf anderen Ebenen in Sonderheit von Menschen "die noch nicht so lange hier leben", Straftaten jeglicher Art, einschließlich Mord und Totschlag begangen werden, ohne daß die zuständigen Polizeistellen mit breiter Brust dagegen vorgehen (dürfen), verzerrt sich die Sache mit Blick auf die, die schon länger hier leben", und für relativ "geringe"

Härtere Gangart gegen Falschparker

Donnerstag, den 20. September 2018 um 21:31 Uhr - Aktualisiert Freitag, den 21. September 2018 um 18:03 Uhr

Ordnungswidrigkeiten kräftig hergenommen werden sollen, zu einem verdammt schiefen Bild...